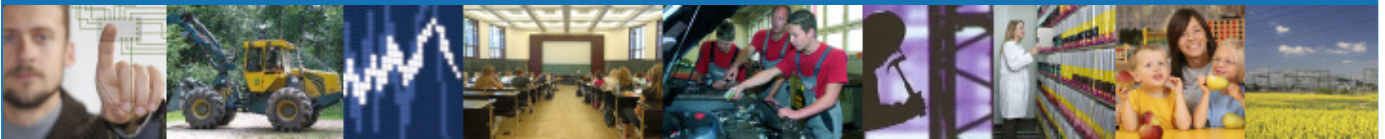


# WISO-Info

**DGB**

Gewerkschaftliche Informationen  
zu Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ausgabe 3/2013



## ► **Kommentar**

Dietmar Schilff zur Besoldung von Beamtinnen und Beamten ..... 2

## ► **Interview**

Klaus Kost über das neue Insolvenzrecht ..... 5

## ► **Regionales**

Zur kommunalen Finanzlage in Niedersachsen ..... 8

Hessen und Thüringen ab 2014: Mit EU-Geldern gute Arbeit fördern! ..... 16

## ► **Forum**

Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen in der globalen Bekleidungsindustrie ..... 20

Portugal: Kürzungen, Mobilisierungen und politische Ignoranz ..... 25

## ► **Kompakt**

Buchhinweis: Schwarzbuch Vergabe ..... 32

Buchbesprechung: Die Inflationslüge ..... 33

Buchbesprechung: Nation – Ausgrenzung – Krise ..... 34

# Keine weiteren finanziellen Opfer für Beamtinnen und Beamte!

Von Dietmar Schilff

Haushaltspolitik muss mehr sein als ein Kürzungsprogramm. Doch wieder einmal müssen die Beamtinnen und Beamte in den Bundesländern Bremen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen – wie fast überall in der Bundesrepublik – die schwerwiegenden Fehler der Haushaltspolitik ausbaden. Denn die ausbleibende zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses kann schlicht nicht anders bezeichnet werden. Es ist falsch, erneut Opfer von denjenigen zu verlangen, die beruflich für unser Gemeinwesen eintreten und dabei hervorragende Arbeitsleistungen erbringen. Es ist falsch, die Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes ungleich und damit ungerecht zu behandeln. Und es ist falsch, die Unterschiede bei den Besoldungshöhen in den Ländern weiter zu vergrößern.

Die argumentative Herleitung seitens der Politik reicht von den ererbten Haushaltsdefiziten aus grauer Vorzeit bis hin zu den bevorstehenden Restriktionen der Schuldenbremse. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehen derartigen Aussagen wütend und Kopf schüttelnd gegenüber, weil sie seit langer Zeit regelmäßig zur Ader gelassen wurden: In Bremen gibt es gerade noch eine anteilige Sonderzahlung (840 Euro bis A 8 und 710 Euro bis A 11), in Sachsen-Anhalt handelt es sich eher um eine Art Taschengeld (A 4 bis A 8 bekommen im Dezember 120 Euro) und den Niedersachsen wurden Urlaubs- und Weihnachtsgeld ganz gestrichen. Dazu gesellt sich immer stärker die Arbeitsverdichtung aufgrund gestrichener oder unbesetzter Stellen.

Die Regierungen häuften trotzdem auf der einen Seite riesige Schuldenberge auf, andererseits verzichteten sie heute (mehr denn je) auf Steuereinnahmen in nie gekannter Größenordnung, um Reiche und Superreiche zu schonen. Die im Januar abgewählte Landesregierung in Niedersachsen zum Beispiel hat das Kunststück fertig gebracht, den Bediensteten in den zurückliegenden zehn Jahren zahlreiche Einschnitte aufzuerlegen und gleichzeitig den Schuldenstand von zirka 40 auf rund 60 Milliarden Euro zu steigern. Besonders erstaunlich ist dabei, dass die ehemaligen Regierungsfractionen jetzt, wo sie als Opposition nicht mehr in der Verantwortung stehen, plötzlich noch mehr sparen wollen, als die neue Landesregierung es ohnehin plant. Diese Forderungen nach weit rigideren Sparprogrammen ignorieren völlig, dass diese Austeritätspolitik konjunkturelle Entwicklungen abwürgt und in eine Abwärtsspirale führt.

In Bezug auf die Polizei in Niedersachsen bewertet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die geplanten zusätzlichen 1500 Beförderungsmöglichkeiten für 2014 als einen ersten richtigen Schritt zur Verbesserung der Attraktivität dieses enorm wichtigen Berufsfeldes. Diese helfen mit, die überlangen Wartezeiten (im Schnitt 12 Jahre) von A 9



Dietmar Schilff, Polizeihauptkommissar aus Braunschweig, ist seit Januar 2011 Landesvorsitzender der GdP in Niedersachsen. Im Mai 2013 wurde er zudem zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der größten Interessenvertretung der Polizei gewählt.

(Kommissar/in) nach A 10 (Oberkommissar/in) abzubauen, und sind zudem ein klares Zeichen für eine bessere Bewertung polizeilicher Arbeit insgesamt. Die Kosten müssen überdies nicht im Polizeihaushalt an anderer Stelle eingespart werden. Festzustellen ist, dass der neue Innenminister Pistorius in Gesprächen mit der GdP und den Personalräten sehr genau zuhört, nichts verspricht, sich aber offensichtlich mit Erfolg für die Polizei einsetzt. Diese neue Gesprächskultur ist begrüßenswert, auch wenn in einigen Punkten nicht sofort Lösungen in allen Detailfragen gefunden werden können, vor allem wenn diese Lösungen Geld kosten. Es geht aber um ein faires Miteinander – besonders bei gegenteiligen Auffassungen. Es geht um Gespräche und Auseinandersetzungen auf Augenhöhe. Und es geht um den echten Willen, notwendige Verbesserungen herbeizuführen.

Nichtsdestotrotz bleibt bei der Polizei noch viel zu tun, das gilt ebenso für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes. Die finanziellen Einbußen der vergangenen Jahre und das praktizierte Obersticht-Unter-Prinzip haben tiefe Wunden hinterlassen, die rasch geschlossen werden müssen. Die Reden der niedersächsischen Oppositionsfraktionen in den Jahren 2003 bis 2013 machen dabei Hoffnung, haben allerdings auch Erwartungen geweckt.

Bei aller Freude über die notwendige Verbesserung bei der Bewertung in der Polizei in Niedersachsen bleibt die Verzögerung der Besoldungsanpassung im Jahr 2014 um fünf Monate ein starker Kritikpunkt. Positiv ist zwar, dass die Anpassung um 2,65 Prozent für 2013 zeit- und inhaltsgleich erfolgt ist und die Nachzahlungen seit Januar mit den Augustgehältern der Beamtinnen und Beamten ausgezahlt wurden. Positiv ist außerdem, dass laut Kabinettsvorschlag ab Juni 2014 die 2,95 Prozent dauerhaft gehaltswirksam werden und es kein Auseinanderdriften zwischen den Besoldungsgruppen gibt. Außerordentlich zu begrüßen ist ebenso, dass Versorgungsempfänger nicht abgekoppelt sind und Niedersachsen damit insgesamt im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern mit seinen Beamtinnen und Beamten besser umgeht. Doch auch wenn zahlreiche Länder ihre Beamtenschaft derart missachten, bleibt die geplante spätere Besoldungsanpassung für 2014 in Niedersachsen in jedem Fall kritikwürdig.

So kann es zukünftig nicht weitergehen! Immer wieder haben wir als Gewerkschaften den Eindruck, Bittsteller für unsere verbeamteten Mitglieder zu sein. Das Gemeinwesen wird aber im Verbund der verschiedenen Beschäftigtengruppen aufrechterhalten und gestaltet. Warum also geht die Politik dann immer wieder derart schlecht mit den Beamtinnen und Beamten um? Warum sieht sie nicht

endlich ein, dass es eine Entwürdigung der Arbeitsleistung darstellt, wenn eine Gruppe immer wieder Sonderopfer bringen soll?

Um eines klarzustellen: Es geht um Gerechtigkeit gegenüber der Arbeitsleistung aller im öffentlichen Dienst. Das Auseinanderdividieren der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen muss endlich ein Ende haben. Dafür stehen wir – wieder einmal – mit unseren Partnerinnen und Partnern bei ver.di, GEW und dem DGB ein und werden dies zukünftig noch deutlicher einfordern.

Es bleibt dabei: Gute Leute, gute Arbeit, gutes Geld!

# "Im neuen Insolvenzrecht haben Gewerkschaften und Betriebsräte einen höheren Stellenwert"

Klaus Kost über das neue Insolvenzrecht

Das Interview führte Patrick Schreiner

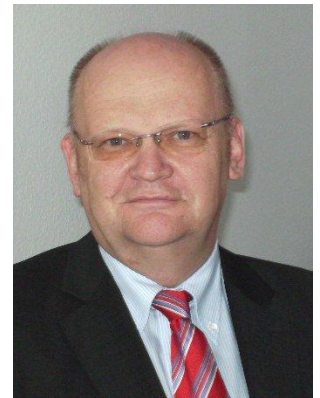
**WISO-Info:** Was bedeutet das neue Insolvenzrecht in Deutschland?

**Klaus Kost:** Vor 30 Jahren wurden mit dem Konkursrecht Unternehmungen in Krisensituationen meistens zerschlagen und deren Werte veräußert, damit zumindest ein Teil der Forderungen der Gläubigerinnen und Gläubiger befriedigt werden konnte. Das heutige Insolvenzrecht hingegen soll bei gravierenden Schieflagen von Unternehmen die Rechte und Interessen von Gläubigerinnen und Gläubigern, aber auch seit neuestem die Rechte und Interessen des tangierten Unternehmens selbst wahren. Ziel ist eben auch die Fortführung und Sicherung von Standorten und Beschäftigung, die Sanierung des in Schieflage geratenen Unternehmens. Dabei orientierte sich der Gesetzgeber stark an den Erfahrungen, die insbesondere in den USA mit der so genannten Chapter-11-Regelung gemacht wurden, dank der sich seit Jahren Unternehmen aus der Insolvenz heraus erfolgreich neu aufstellen können. Einer der bekanntesten Fälle in diesem Zusammenhang war die Insolvenz von General Motors, die in kürzester Zeit überwunden worden ist.

Insolvenzen haben eine nicht zu unterschätzende Relevanz für Wirtschaftspolitik und Beschäftigung. Von den ca. 3,5 Mio. Unternehmen, die wir in Deutschland haben, verzeichnen durchschnittlich 35.000 eine Insolvenzsituation pro Jahr. Davon sind zwischen 500.000 und eine Million Arbeitsplätze betroffen. Auch wenn eine Vielzahl der Insolvenzen Kleinstunternehmen betrifft, so sind doch jedes Jahr nicht wenige Firmeninsolvenzen mit ausgesprochen dramatischen Konsequenzen zu verzeichnen. In den letzten Jahren hatten zum Beispiel die Insolvenzen von Arcandor/Karstadt und der Schlecker-Drogeriemärkte Schlagzeilen gemacht.

**WISO-Info:** Was ändert sich durch das neue Insolvenzrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte?

**Klaus Kost:** Das neue Insolvenzrecht, das das Kürzel ESUG (Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen) trägt, räumt Gewerkschaften und Betriebsräten einen wichtigen neuen Stellenwert ein. Insbesondere die Auswahl des Insolvenzverwalters oder der Insolvenzverwalterin, dessen/deren Benennung in der Vergangenheit alleine durch das Insolvenzgericht erfolgte, hat mit dem ESUG eine neue Qualität erhalten. In einem vom Gericht einzusetzenden vorläufigen Gläubigerausschuss können sich die Gläubigerinnen und Gläubiger bei einstimmigem Votum auf einen



Prof. Dr. Klaus Kost, Jahrgang 1953, ist als Berater für Betriebsräte und Gewerkschaften tätig. Seit 1998 ist er geschäftsführender Gesellschafter der PCG - Project Consult GmbH in Essen.

Insolvenzverwalter oder eine Insolvenzverwalterin einigen. Das Insolvenzgericht muss dieser Entscheidung folgen. Interessant ist: Dem vorläufigen Gläubigerausschuss gehören in der Regel auch immer Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten an, da das insolvente Unternehmen meistens auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Geld (Löhne und Gehälter) schuldet. Auch die Beschäftigten sind dann Gläubigerinnen und Gläubiger. Damit ist bei der Auswahl der Insolvenzverwaltung mit dem ESUG eine neue Mitbestimmungsqualität entstanden.

Allerdings erwartet das ESUG einen konstruktiven Beitrag der Belegschaften und der Mitbestimmungsträger während der Durchführung von Insolvenz und Sanierung, etwa den meistens damit verbundenen teilweisen Personalabbau. Somit hat das neue Insolvenzrecht tiefgreifende Konsequenzen für die Arbeitnehmerschaft.

**WISO-Info:** "Konstruktiver Beitrag" – heißt das, Lohnverzicht und Entlassungen sind zwingend zu akzeptieren?

**Klaus Kost:** Ein konstruktiver Beitrag der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften in einem Insolvenzverfahren bedeutet keineswegs, dass Lohnverzicht und Personalabbau quasi automatisch zu erfolgen haben. Dieser Eindruck wird zwar bisweilen in der einen oder anderen Veröffentlichung zu diesem Thema erweckt, er ist aber falsch. Unter einem konstruktiven Beitrag ist einerseits zu verstehen, dass die Beschäftigten ihre Kenntnisse für eine Überwindung der Unternehmenskrise zur Verfügung stellen. So sind insbesondere Betriebsräte für Insolvenzverwalterinnen und Insolvenzverwalter begehrte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Andererseits haben Betriebsräte und Gewerkschaften aber mit dem neuen Insolvenzrecht auch einen gestalterischen Auftrag erhalten, nämlich gemeinsam mit dem Gläubigerausschuss und der Insolvenzverwaltung nach möglichen neuen Investoren sowie nach Möglichkeiten der Fortführung des Unternehmens zu suchen. Kommt es tatsächlich zu Entlassungen, so ist es sicherlich im Interesse von Betriebsräten und Gewerkschaften, die Ansprüche der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestmöglich durchzusetzen, zum Beispiel, indem eine Transfergesellschaft einbezogen oder eine angemessene Abfindung gezahlt wird. Auch gilt es, tarifvertragliche und Mitbestimmungsregeln für das fortgeführte Unternehmen zu sichern. Keineswegs bedeutet der konstruktive Beitrag der Arbeitnehmerseite im Insolvenzverfahren, dass diese alle Vorschläge mehr oder weniger unkritisch zu akzeptieren hätte.

**WISO-Info:** Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, fernab der gesetzlichen Grundlagen, bei einer Insolvenz für die Gewerkschaften und Betriebsräte tatsächlich? Lassen

sich aus der Möglichkeit, die Insolvenzverwaltung mitzubestimmen, weitere – indirekte – Mitwirkungs- und Handlungsmöglichkeiten ableiten?

**Klaus Kost:** Insgesamt besteht mit dem modernen Insolvenzrecht eine erheblich größere Spannweite der Mitwirkungs- und Handlungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerseite, die allerdings auch aktiv genutzt werden muss. Eine aktive Mitarbeit im Gläubigerausschuss ist weiterhin zu nennen. Hier können Betriebsräte auch externen Sachverständigen (Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, arbeitsorientierte Beraterinnen und Berater, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte) entsenden, die sich mit Sanierung und Insolvenzen auskennen. Dazu zählt aber auch die Aktivierung von Netzwerkkontakten zu Arbeitsverwaltung, Politik, Krankenkassen und anderen, die gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften an der Sicherung von Beschäftigung und Standorten interessiert sind. Die Rechte und Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes gelten auch im Insolvenzfall.

**WISO-Info:** Ändert sich die Rolle der Insolvenzverwaltung durch die neue Rechtslage?

**Klaus Kost:** Die Insolvenzverwaltung basiert natürlich auf dem Insolvenzrecht, zunehmend nimmt sie aber die Funktion eines Sanierers und betriebswirtschaftlichen Sachverständigen ein. Insolvenzverwaltung heißt zunehmend, die mögliche Sanierungsfähigkeit der Unternehmen im Auge zu behalten; es geht also weniger um die Zerschlagung und die ausschließliche Befriedigung von Gläubigerinnen und Gläubiger. Die Insolvenzverwaltung benötigt mit dem ESUG mehr Kooperationspartner und mehr externe Beratung als früher. Hier kommen eben auch Gewerkschaften ins Spiel.

**WISO-Info:** Erreicht das neue Insolvenzrecht sein Ziel?

**Klaus Kost:** Das neue Insolvenzrecht ist erst ein Jahr alt. Auch wenn es derzeit mehr als 100 ESUG-Fälle gibt, ist es noch zu früh für eine Zwischenbewertung, insbesondere mit Zahlen und belastbaren Evaluierungen. Die Richtung stimmt aber.

# Überschüsse - und dennoch verschuldet und unterfinanziert

## Zur kommunalen Finanzlage in Niedersachsen

Von Patrick Schreiner

Städte, Gemeinden und Landkreise bilden in Deutschland die kleinsten Gebietskörperschaften. Ihre Leistungen sind für die Menschen unmittelbar zu greifen, sie prägen den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Mit einem verfassungsrechtlich verbürgten Recht auf kommunale Selbstverwaltung versehen, garantieren die Kommunen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern demokratische Partizipation und soziale Daseinsvorsorge. Sie sind überdies wichtige Arbeitgeber für viele tausend Beschäftigte und wichtige Auftraggeber für örtliche und regionale Unternehmen.

Gleichwohl drohen die Kommunen in Niedersachsen und Deutschland – vor dem Hintergrund unzureichender Einnahmen und einer im Trend ansteigenden Verschuldung – in zunehmendem Maße handlungsunfähig zu werden. Ihre Finanzen sind seit mehreren Jahren im Niedergang begriffen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die zahlreichen Steuersenkungen, die die wechselnden Regierungskoalitionen auf Bundesebene seit 1998 durchgeführt haben. Auf die Kommunen schlug diese Politik in doppelter Weise durch: Zum einen sanken ihre eigenen Steuereinnahmen, die sie anteilig etwa aus der Einkommensteuer erhalten. Zum anderen sanken die Steuereinnahmen der Länder, die diese Mindereinnahmen über den Kommunalen Finanzausgleich zumindest teilweise auf die Kommunen überwälzten.

Sowohl im Bereich der Infrastruktur als auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen stehen die Kommunen in Deutschland vor sich ständig ändernden, in der Tendenz aber zunehmenden Ausgabenbedarfen:

- Erstens ist – nicht nur, aber vor allem – bei den Kommunen in den vergangenen Jahren ein enormer Investitionsrückstand aufgelaufen. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat ihn auf etwa 100 Mrd. Euro beziffert (Arndt 2013). Gerade weil in der Vergangenheit Ausgaben für Investitionen nicht ausreichend getätigt wurden, nehmen in den kommenden Jahren die Investitionsnotwendigkeiten und -bedarfe zu. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren die Aufwendungen für Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen ansteigen, da die zahlreichen, in den expansiven 1970er Jahren geschaffenen Infrastrukturen und Gebäude erneuert bzw. renoviert werden müssen. Beides macht zukünftig höhere Einnahmen notwendig.

Patrick Schreiner ist beim DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Umwelt und Europa zuständig.



- Zweitens nehmen die Anforderungen an soziale Dienstleistungen zu, was gleichfalls vor allem die Kommunen betrifft. Ihre Angebote müssen aufgrund gesellschaftspolitischer und arbeitsmarktlicher Veränderungen in vielen Bereichen ausgeweitet werden. Leistungsfähige und pädagogisch hochwertige Kinderbetreuungs-Angebote sind dafür ein sehr gutes Beispiel. Auch diese zusätzlichen Ausgaben, die hierbei auf die Kommunen zukommen, müssen durch höhere Einnahmen finanziert werden.

Die kommunalen Haushalte in Deutschland sind für diese wachsenden Ausgabebedarfe alles andere als ausreichend ausgestattet. So erzielten sie selbst im Jahr 2012 insgesamt und per Saldo (ohne Stadtstaaten) ein Finanzierungsdefizit von etwa 900 Mio. Euro. Nur in wenigen Bundesländern, zu denen auch Niedersachsen zählt, konnten die Kommunen per Saldo Überschüsse erwirtschaften. (In Niedersachsen dürfte hierfür die äußerst günstige Entwicklung des Volkswagen-Konzerns ganz wesentlich beigetragen haben.) Dieses Ergebnis stellt zwar gegenüber dem Vorjahr (damals: 2,9 Mrd. Euro Defizit) eine Verbesserung dar. Gleichwohl ist es angesichts der in 2012 vergleichsweise guten Konjunktur und hinsichtlich der wachsenden Finanzbedarfe alles andere als befriedigend.

Dabei gilt: Die deutschen Kommunen haben kein Ausgabeproblem. Dass sie in den vergangenen Jahren ihre Ausgaben für Sachinvestitionen schon deutlich – weit über ein gesundes Maß hinaus – reduziert haben, wurde eben schon dargestellt. Hinzu kommt, dass sie auch ihr Personal und damit ihre Personalausgaben drastisch reduziert haben. Deutschland hatte im internationalen Vergleich immer schon einen kleinen öffentlichen Dienst (ÖD), wie Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation zeigen. Durch den zusätzlichen Personalabbau nach 1990, der keineswegs nur vereinigungsbedingt ist, ist der Anteil der ÖD-Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland noch weiter zurückgegangen. Dazu trug der Personalabbau bei den Kommunen in überproportionalem Maße bei. Während der Bund seit 1991 etwa 30 Prozent der Stellen abgebaut hat und dieser Wert bei den Ländern knapp 25 Prozent beträgt, fielen bei den Kommunen fast 38 Prozent der Stellen weg. Besonders ausgeprägt war der Personalabbau dabei im Bildungsbereich, der hier neben Volkshochschulen insbesondere das nichtlehrende Personal an Schulen umfasst. Und um immerhin noch ein Viertel wurden die kommunalen Stellen reduziert, die dem Bereich der Sozialen Sicherung zugeordnet sind. Hierunter fallen unter anderem auch die Arbeitsplätze in kommunalen Kindertagesstätten.

## Zur finanziellen Situation niedersächsischer Kommunen

Wie eben erwähnt, zählt Niedersachsen zu den wenigen Bundesländern, in denen die Kommunen 2012 per Saldo einen Überschuss erwirtschaften konnten. Mit 816 Mio. Euro lag dieser in etwa auf dem Niveau des gesamtdeutschen Überschusses (was, nebenbei bemerkt, auf die enormen Unterschiede in der Finanzkraft der Kommunen in den verschiedenen Bundesländern hinweist.) 2011 wurde ein leichter Überschuss von 52 Mio. Euro erzielt. Beides sieht auf den ersten Blick positiv aus, muss allerdings relativiert werden: Blickt man nämlich weiter zurück, so stellt man fest, dass es den niedersächsischen Kommunen nur in wenigen Jahren gelungen war, die Ausgaben geringer zu halten als die Einnahmen. Trotz einer rückblickend zu konstatierenden rigiden Sparpolitik, die vielerorts zu höheren Gebühren, Personalabbau, ausbleibenden Erhaltungsinvestitionen und (oftmals gescheiterten) Experimenten mit der Privatisierung öffentlicher Leistungen führten, blieben Defizite eher die Norm als die Ausnahme. In größerem Umfang konnten die niedersächsischen Kommunen erst in den letzten beiden wirtschaftlichen Aufschwungphasen per Saldo Überschüsse erzielen, wie die nachfolgende Abbildung 1 zeigt:

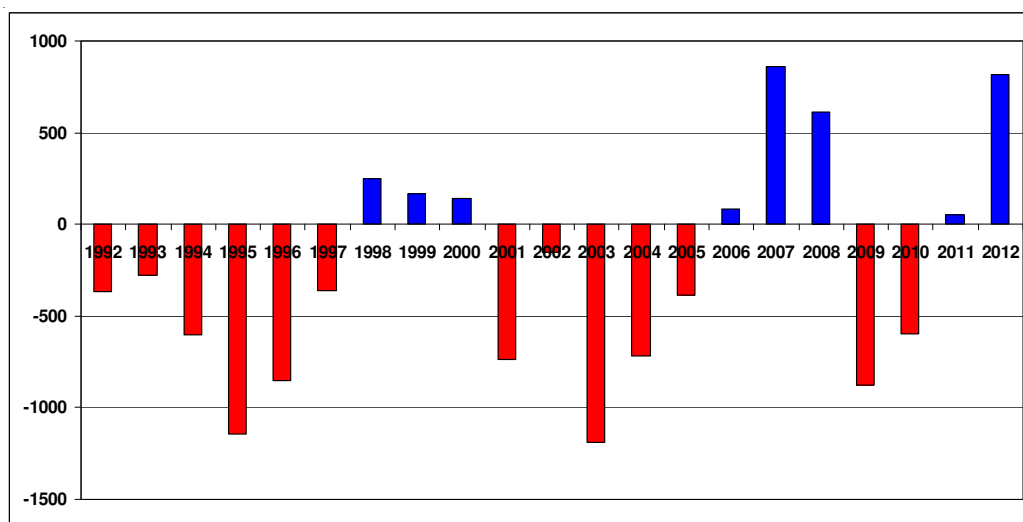


Abbildung 1: Kumuliertes Saldo der niedersächsischen Kommunalhaushalte 1992-2012.  
Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie; eigene Darstellung.

Den positiven, von den (Nach-) Wirkungen einer guten Konjunktur getragenen Jahren 2007 und 2008 sowie 2012 stehen in den meisten anderen Jahren enorme Defizite entgegen, insbesondere 1995 und 2003 mit deutlich über einer Mrd. Euro. Krisenbedingt fiel auch 2009 ein deutliches Defizit im hohen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich an. Diese Zahlen zeigen, dass die niedersächsischen Kommunen allenfalls in Jahren einer boomenden Konjunktur Überschüsse erzielen können, die aber in den anderen Jahren mehr als aufgefressen werden.

Es überrascht nicht, dass aus dieser Gesamtsituation eine deutliche Zunahme der Verschuldung resultiert. Dabei ist zwischen der "regulären" Verschuldung und den so genannten "Kassenkrediten" bzw. "Kassenverstärkungskrediten" zu unterscheiden. Die "reguläre" Verschuldung niedersächsischer Kommunen am Kapitalmarkt war seit den 1990er Jahren leicht rückläufig, scheint aber seit 2006 zwischen 7 und 8 Mrd. Euro zu stagnieren. Aufgrund rechtlicher Vorgaben sind diese "regulären" Verschuldungsmöglichkeiten der Kommunen begrenzt und relativ strikt reguliert.

Zu einem aussagekräftigen Indikator der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren die so genannten Kassenkredite entwickelt. Diese sind eigentlich als kurzfristige Kredite gedacht, mit denen in erster Linie Liquiditätsengpässe überbrückt werden sollen. Längst aber sind sie – nicht nur in Niedersachsen – zu einer dauerhaften Finanzierungsmöglichkeit geworden. Betrug der Kassenkredite niedersächsischer Kommunen Anfang der 1990er Jahre noch unter 100 Mio. Euro, so sind sie mittlerweile (2009) auf über 4,5 Mrd. Euro angewachsen (Abbildung 2). 2010 lag dieser Wert sogar über 5 Mrd. Euro, konnte allerdings aufgrund der vergleichsweise guten Einnahmesituation vor allem im Jahr 2012 wieder reduziert werden:

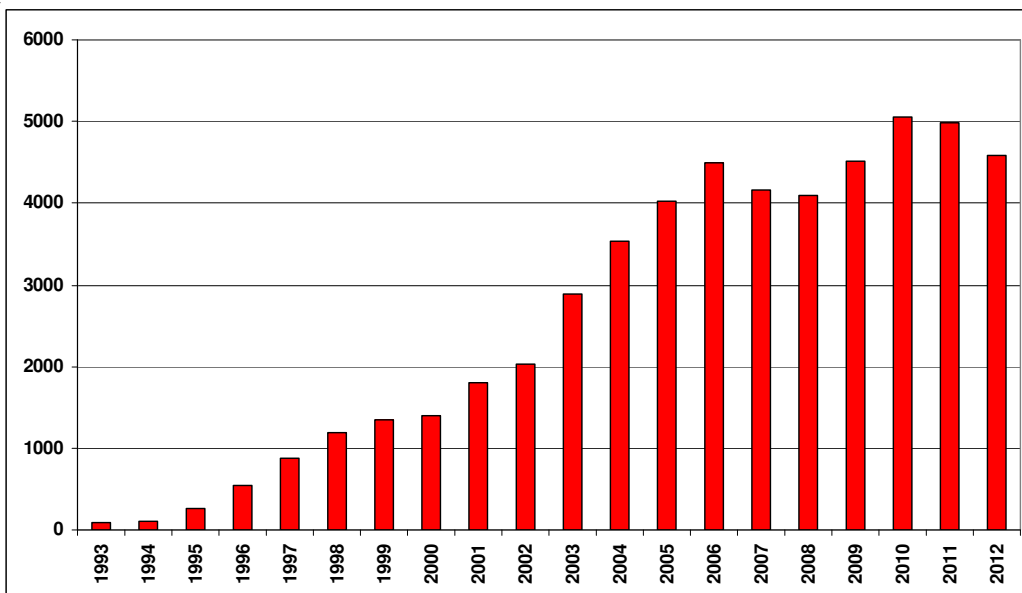


Abbildung 2: Bestand der Kassenkredite niedersächsischer Kommunen 1993-2012 (in Mio. Euro). Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie; eigene Darstellung.

Auch hier zeigt sich, dass nicht einmal die Überschüsse der konjunkturell sehr guten Jahre 2011 und 2012 ausreichten, um die in Vorjahren aufgelaufenen Kassenkredite abzubauen. Die niedersächsischen Kommunen haben ein Altschuldenproblem, an dem

auch der im März 2013 ausgelaufene "Zukunftsvertrag" der früheren Landesregierung nichts grundlegend ändern konnte. Mit ihm sollten Kommunen von Kassenkrediten entlastet werden, bevorzugt, wenn sie mit anderen fusionieren, und stets verbunden mit strikten Kürzungsvorgaben.

Eine aussagekräftige Kennziffer für die Finanzausstattung niedersächsischer Kommunen ist die "niedersächsische kommunale Staatsquote", also der Anteil der kommunalen Ausgaben am hiesigen Bruttoinlandsprodukt. Vereinfacht gesprochen, drückt dieser Wert den Anteil an den in Niedersachsen produzierten Gütern und Dienstleistungen aus, der den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht. Abbildung 3 stellt ihn dar, ergänzt um den Anteil der kommunalen Einnahmen am niedersächsischen BIP:

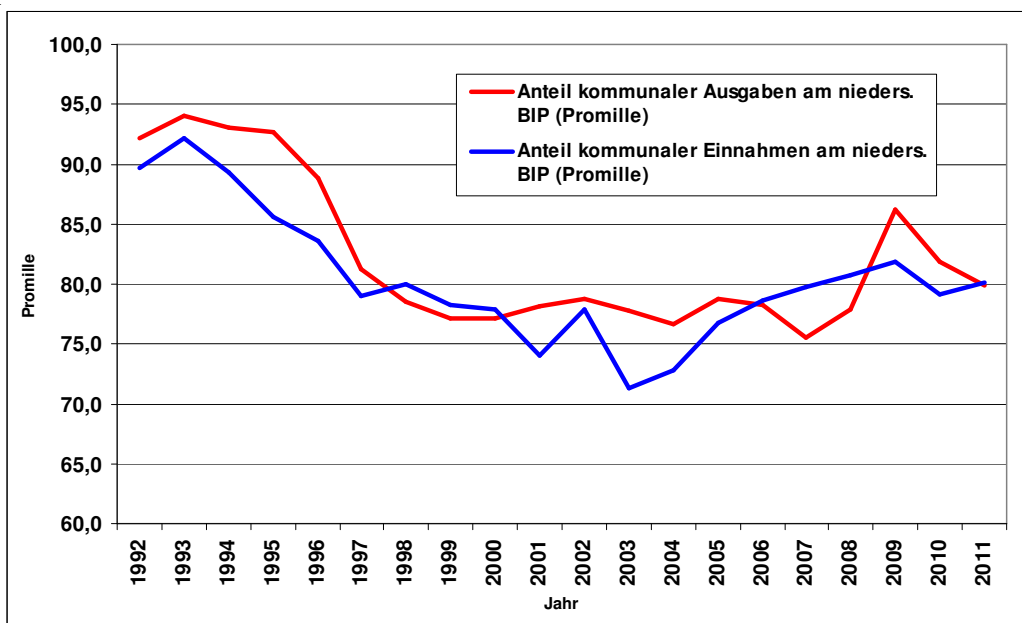


Abbildung 3: Anteil kommunaler Einnahmen und Ausgaben am niedersächsischen Bruttoinlandsprodukt, 1992-2011.

Quelle: Eigene Berechnung nach Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie und Statistisches Bundesamt; eigene Darstellung.

Sowohl der Anteil der Einnahmen als auch der Anteil der Ausgaben am niedersächsischen Bruttoinlandsprodukt sind seit Beginn der 1990er Jahre drastisch eingebrochen, ohne sich in späteren Jahren in nennenswertem Umfang erholen zu können. Noch heute liegen beide Werte deutlich unter denen der frühen 1990er Jahre, was eine Folge insbesondere der zurückliegenden Steuersenkungspolitik ist.

In mehrerer Hinsicht erklärungsbedürftig ist dabei allerdings das Jahr 2009; hier schlagen sich die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Konjunkturpakete deutlich nieder. Der moderate Anstieg des Anteils der Einnahmen am niedersächsischen

BIP und der sehr deutliche Anstieg des Anteils der Ausgaben in jenem Jahr ist im Wesentlichen auf den enormen Rückgang des niedersächsischen BIP um 4,1 Prozent in Verbindung mit zusätzlichen kommunalen Ausgaben zurückzuführen. Die Kommunen haben im Rahmen der "Initiative Niedersachsen", der Umsetzung des Konjunkturpakets II in diesem Land, in hohem Umfang zusätzliche Mittel für Investitionen verausgabt – die Sachinvestitionen stiegen 2009 um insgesamt 18,6 Prozent an, während das BIP als Bezugsgröße schrumpfte. Der Anstieg der "kommunalen Staatsquote" beruht ausschließlich auf diesen statistischen Sondereffekten. In ihm kommt keinesfalls eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen, sondern dessen genaues Gegenteil zum Ausdruck. Dies zeigt sich nicht zuletzt am erneuten Rückgang ab 2010, der sich vermutlich auch in den nächsten Jahren weiter fortsetzen dürfte.

Zwei wichtige Posten kommunaler Haushalte sind die Ausgaben für Personal sowie für Sachinvestitionen. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben scheint sich zwar, nach einem deutlichen Rückgang in den Jahren 2004/2005, bei etwa 24 bis 25 Prozent stabilisiert zu haben. Allerdings ist dies letztlich darauf zurückzuführen, dass die kommunalen Ausgaben insgesamt zurückgegangen sind. Dies wird am Anteil der kommunalen Personalausgaben am niedersächsischen Bruttoinlandsprodukt deutlich, der seit Jahren rückläufig ist. Hinter dieser Entwicklung steht der eingangs beschriebene Abbau von Arbeitsplätzen, auch – aber nicht nur – durch die Privatisierung und Auslagerung kommunaler Leistungen. Mit letzteren gehen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen Fällen eine zunehmende Arbeitsverdichtung, ein sinkendes Einkommen oder andere Formen der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen einher.

In vielleicht noch deutlicherem Umfang als die Personalausgaben bleiben die Sachinvestitionen zunehmend hinter dem eigentlich Notwendigen zurück. Angesichts schon in der Vergangenheit deutlich rückläufiger kommunaler Sachinvestitionen ist bei der sich abzeichnenden Entwicklung der niedersächsischen Kommunalfinanzen auch zukünftig nicht zu erwarten, dass Investitionen auch nur annähernd in ausreichendem Maße getätigt werden. Der leichte Anstieg rund um das Jahr 2010, der auf den eben genannten statistischen Sondereffekt zurückzuführen ist, stellt keine Ausnahme von dieser Grundtendenz dar. Gerade bei Ausgaben für Sachinvestitionen können Kommunen vergleichsweise schnell und problemlos Kürzungen vornehmen. Es ist zu befürchten, dass als Reaktion auf mögliche zukünftige Einbrüche bei den kommunalen Einnahmen erneut bei den Sachinvestitionen gespart wird. Das lokale Handwerk und lokale Bauunternehmen sowie deren Beschäftigte würden in diesem Fall massiv getroffen.

Seit vielen Jahren, so lässt sich also zusammenfassen, werden den niedersächsischen Kommunen ausreichende finanzielle Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben vorenthalten. Die Konsequenzen der schlechten Finanzlage sind gravierend. Ihre wichtige Rolle als lokale Anbieter von guten Arbeitsplätzen und öffentlichen Leistungen droht zwischen Streichungen und Privatisierungen zunehmend verloren zu gehen. Die nicht minder wichtige Rolle als Nachfrager am lokalen Markt können die Kommunen gleichfalls immer weniger erfüllen. Da diese üblicherweise etwa 60 Prozent der öffentlichen Investitionen tätigen (Truger 2009), hat dies gravierende gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Besonders betroffen hiervon ist das lokale Handwerk, das weniger kommunale Aufträge zu schlechteren Konditionen erhält. Momentan schlägt sich dies zumindest im Bausektor zwar noch nicht unmittelbar nieder, ganz im Gegenteil sind die Auftragsbücher vielerorts noch voll. Die weiteren Aussichten dürften allerdings weit weniger positiv sein als die jüngste Vergangenheit.

Eine andere Steuerpolitik ist nötig

Steuersenkungen schwächen seit vielen Jahren die kommunale Finanzkraft. Hinter der Finanzmisere niedersächsischer Kommunen steckt kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Angesichts der tendenziell gesunkenen "niedersächsischen kommunalen Staatsquote" und der entsprechenden Einnahmenquote wie auch angesichts der im Verhältnis zum niedersächsischen Bruttoinlandsprodukt sinkenden Ausgaben für Personal und Sachinvestitionen kann von einem Ausgabenproblem nicht die Rede sein: Die Kommunen können trotz aller Anstrengungen den unzureichenden Einnahmen nicht hinterherkürzen. Darüber sollte der Umstand, dass sie zumindest im konjunkturell sehr guten Jahr 2012 einen deutlichen Überschuss erzielen konnten, nicht hinwegtäuschen.

Notwendig ist vor diesem Hintergrund eine Abkehr von der fatalen Steuersenkungspolitik der Vergangenheit. Notwendig ist eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen – etwa über einen Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer, über eine Anhebung der oberen Einkommensteuersätze sowie der Körperschaftsteuer oder über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer. Hierüber wird nun allerdings im Wesentlichen auf Bundes- und in gewissem Umfang auf Länderebene entschieden, so dass politischer Druck in Berlin und Hannover angebracht ist.

#### Literatur:

Arndt, Wulf-Holger (2013): Kostenschätzung und Nutzen des ÖPNV. Vortrag am 12. März 2013 in Berlin auf der Tagung "Mit Bus und Bahn in die Zukunft?"

Statistisches Bundesamt (2012): Finanzen und Steuern. Vierteljährliche Kassenergebnisse der Kernhaushalte Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände. 1.-3. Vierteljahr 2012. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013): Kommunen erzielen im Jahr 2012 einen Überschuss von 0,9 Milliarden Euro. Pressemitteilung 113 vom 22.03.2013.

Truger, Achim (2009): Die makroökonomische Bedeutung öffentlicher Investitionen und ihre Finanzierbarkeit. In: WSI Mitteilungen 5 (2009). S. 243-250.

Vesper, Dieter (2012): Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland. In: IMK Study 25 (2012). <[http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_study\\_25\\_2012.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_25_2012.pdf)> (04.07.12)

Zimmermann, Horst (2009): Kommunalfinanzen. Eine Einführung in die finanzwissenschaftliche Analyse der kommunalen Finanzwirtschaft. Berlin.

# Hessen und Thüringen ab 2014: Mit EU-Geldern gute Arbeit fördern!

Von Liv Dizinger und Rolf Düber

Im Jahr 2014 beginnt die neue EU-Förderperiode. Zu den EU-Strukturfonds zählt der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), mit dem Investitionen in Wachstum und Beschäftigung gefördert werden sollen. Der EFRE soll dazu dienen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Europäischen Union zu vermindern und die Lebensverhältnisse zwischen den Regionen anzugleichen. Die Förderung wird eingesetzt, um Standorte zu sichern, Beschäftigung zu halten und zu schaffen, Infrastruktur auszubauen, Forschung und Entwicklung zu fördern und Betriebe zukunftsfähig zu machen. Ziel der Europäischen Union ist es, mit dem EFRE nicht nur mehr, sondern auch bessere Arbeitsplätze zu fördern. Im Frühjahr dieses Jahres stellte die Hans-Böckler-Stiftung ein Projekt vor, das aufzeigt, wie "Gute Arbeit", worunter ganz allgemein existenzsichernde Löhne und gute Arbeitsbedingungen verstanden werden können, in der Strukturpolitik verankert werden können (Voß 2013). Auf dieser Grundlage soll im Folgenden die Vorbereitung der operationellen Programme, mit denen die Landesregierungen die Umsetzung des EFRE 2014-2020 festlegt, für Hessen und Thüringen beschrieben und miteinander verglichen werden.

Liv Dizinger und Rolf Düber arbeiten als Referent/in für Wirtschafts- und Strukturpolitik beim DGB-Bezirk Hessen-Thüringen.

In Hessen wurden bislang Kriterien für gute Arbeit in der Strukturpolitik nicht berücksichtigt. Die CDU-FDP-Landesregierung verfolgt bei der Förderung mit öffentlichen Geldern einen marktradikalen Kurs. Sie lehnt nicht nur Tariftreueregelungen im Vergabegesetz ab, sondern spricht sich auch vehement gegen einen flächendeckenden politisch festgelegten Mindestlohn aus. Diese neoliberale Strategie setzt sich in der Strukturpolitik fort. So lehnt es die Landesregierung bislang ab, die Förderung mit EU-Geldern an eine hohe Beschäftigungsqualität zu binden. Demgegenüber setzt sich der DGB dafür ein, "Gute Arbeit" im neuen EFRE-Förderprogramm 2014-2020 zu verankern. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung von Tarifverträgen, ein Mindestlohn, Mitbestimmung durch Betriebsräte und Höchstquoten für Leiharbeit, Mini-Jobs und Befristungen. Wie Professor Dr. Wolfhardt Kohte, Universität Halle-Wittenberg, in einem Gutachten aufgezeigt hat, wäre es für die hessische Landesregierung aus rechtlicher Sicht möglich, soziale Standards in der Wirtschaftsförderung zu etablieren (Kohte 2012).

Im September finden in Hessen Landtagswahlen statt. Strukturpolitik gilt allgemein als hochkomplex und daher ungeeignet für Wahlkampfzwecke. Insbesondere in Wahlkampfzeiten sollte die Förderpolitik der hessischen Landesregierung aber nicht nur unter Expertinnen und Experten, sondern öffentlich diskutiert werden, um aufzuzeigen, wie heute EU-Gelder für Billigarbeit und Lohndumping verschwendet werden. In ihren



Wahlprogrammen erteilen CDU und FDP existenzsichernden Löhnen und guten Arbeitsbedingungen wenig überraschend eine klare Absage. Dagegen sprechen sich SPD, Grüne und Linke für eine "Gute Arbeit"-Strategie, für Tariftreue Regelungen im Vergabegesetz und für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes aus.

Zurzeit erarbeitet die hessische Landesregierung ein operationelles Programm, in dem festgehalten wird, wie der EFRE 2014-2020 umgesetzt werden soll. Grundlage dafür sind Verordnungsentwürfe der Europäischen Kommission, die diese im Oktober vorigen Jahres vorgelegt hat. Ein endgültiger Beschluss des Rates und des Parlaments ist vor Ende 2013 nicht zu erwarten. Das operationelle Programm in Hessen wird sich voraussichtlich auf folgende Ziele konzentrieren: (1) Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, (2) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), (3) Förderung von Bestrebungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft sowie (4) Sonstige Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Für die Förderperiode 2007-2013 erhielt Hessen EFRE-Gelder in Höhe von 263,5 Millionen Euro. Es ist jetzt schon bekannt, dass ab 2014 weniger Gelder zur Verfügung stehen werden.

Die hessische Landesregierung will mit dem EFRE zukunftsfähige, wettbewerbsfähige und "einkommensstarke" Arbeitsplätze schaffen und sichern und dabei das Klima vorsorgend schützen. Die Schaffung "einkommensstarker" Arbeitsplätze kann aber nicht mit "Guter Arbeit" gleichgesetzt werden. So wird die Landesregierung aller Voraussicht nach keine echten Kriterien Guter Arbeit aufstellen, die die Betriebe erfüllen müssen, um EU-Gelder zu erhalten. Positionierungen und Stellungnahmen der Beschäftigtenseite werden einfach übergangen. Letztendlich entscheidet das FDP-regierte Wirtschaftsministerium über den endgültigen Entwurf des operationellen Programms alleine. Bei der Aufstellung des operationellen Programms muss die Landesregierung zwar eigentlich die Wirtschafts-, Sozial- und Regionalpartner beteiligen. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe findet in Hessen allerdings nicht statt. Der EFRE-Begleitausschuss, in dem der DGB vertreten ist, setzt sich aus fast 30 Personen zusammen, von denen alle eine Stimme haben. Der DGB wird damit nicht paritätisch beteiligt. Darüber hinaus gibt es in Hessen keine arbeitnehmerorientierte Beratungseinrichtung, die Gewerkschaften und Betriebsräte über EFRE-Fördermöglichkeiten informiert und bei einer möglichen Antragstellung unterstützt.

Im Vergleich zu Hessen ist Thüringen viel weiter, was die Verankerung "Guter Arbeit" in der Strukturpolitik betrifft. Der Koalitionsvertrag der thüringischen Landesregierung aus dem Jahr 2009 schreibt gute Arbeit und faire Löhne als Leitorientierung fest. Für

Thüringen war das ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel. Die CDU-Vorgängerregierung unter dem Ministerpräsidenten Dieter Althaus hatte noch gemäß dem Motto "Sozial ist, was Arbeit schafft" Niedriglöhne als Standortvorteil angepriesen. Die neue Landesregierung reagierte auf gewerkschaftliche Initiativen wie die Kampagne "Achtung Billiglohngebiet Thüringen". Hinzu kommt der gewachsene Fachkräftebedarf durch Abwanderung und altersbedingten Ersatzbedarf in den Unternehmen, der ein Umsteuern notwendig gemacht hat. "Gute Arbeit" heißt laut Koalitionsvertrag der Landesregierung: Erhöhung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, sichere und qualifizierte Arbeitsplätze, tarifgerechte Einkommen, ein hohes Qualifikationsniveau, Sicherheit und Gesundheit für Beschäftigte sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bei der Neujustierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW), mit denen Investitionsvorhaben in strukturschwachen Regionen aus Bundes- und EFRE-Landesmitteln unterstützt werden, wurden zum ersten Mal Kriterien für „Gute Arbeit“ verankert. So hat das SPD-regierte Wirtschaftsministerium die GRW-Förderung von Betrieben mit mehr als 30 Prozent Leiharbeit ausgeschlossen. Unternehmen mit mehr als 10 Prozent Leiharbeit werden nur mit dem Basisfördersatz (10 bis 12,5 Prozent) gefördert. Für Tarifbindung und tarifliche Bezahlung erhalten Antragsteller bei der GRW-Förderung eine Bonusförderung. Allerdings wurde im Thüringer Vergabegesetz kein Mindestlohn festgeschrieben.

Im operationellen Programm 2007-2013 sind bislang keine Kriterien für "Gute Arbeit" verankert, das soll sich für die EU-Förderperiode 2014-2020 ändern. "Gute Arbeit" soll als Querschnittsziel festgeschrieben werden. Prekäre Arbeit soll reduziert, gute Arbeit belohnt werden. Daran arbeitet das Wirtschaftsministerium in enger Abstimmung mit dem DGB. Gewerkschaften und DGB haben einen Katalog aufgestellt, in dem Indikatoren aufgeführt werden, die über eine hohe Beschäftigungsqualität und existenzsichernde Löhne Auskunft geben. Dieser wird derzeit mit dem Ministerium beraten. Methodisch sind dabei einige Fragen zu klären: Wann wird ein Betrieb von der Förderung ausgeschlossen? Welche Höchstquoten bei Leiharbeit oder Mini-Jobs sollen gelten? Dürfen geförderte Dauerarbeitsplätze befristet sein? Wie hoch soll eine Bonusförderung bei Gewährleistung von "Guter Arbeit" (oder eventuell sogar nur bei einer Entwicklung des Unternehmens in diese Richtung) sein? Hinzu kommt, dass der bürokratische Aufwand für Nachweise, Kontrolle, eventuelle Kürzungen oder Streichungen der Zuweisungen nicht zu hoch sein darf. Entscheidend für den Erfolg ist insbesondere, dass "Gute Arbeit" in überprüf-, kontrollier-, abrechen- und sanktionierbaren Indikatoren festgeschrieben wird.

Die Verteilung europäischer Gelder in Hessen und Thüringen geht uns alle an, weil es unsere Steuergelder sind, mit denen möglicherweise Billigarbeit und miserable Arbeitsbedingungen subventioniert werden. Um dies zu vermeiden, sind eine größere Transparenz, eine Partnerschaft mit DGB und der Gewerkschaften in Niedersachsen auf Augenhöhe und eine politische Diskussion über die Verteilung der EU-Gelder unabdingbar.

Literatur:

Kohte, Wolfhardt (2012): Die Umsetzung nachhaltiger und sozialer Wirtschaftsförderung auf Landesebene am Beispiel Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Hrsg.: Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung. Hannover.

Schreiner, Patrick und Müller, Thomas (2012): Gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung der Länder. Ein Blick auf Möglichkeiten, Grenzen und erste Schritte in Sachsen-Anhalt und Thüringen. In: WISO-Info 1 (2012).

Voß, Susanne (2013): Gute Arbeit in der Strukturpolitik, Dr. Grundmann Consult im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Regionales

WISO-Info 3/2013 19

# Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen in der globalen Bekleidungsindustrie

Von Michael Fütterer

Die Arbeitsbedingungen in der globalen Bekleidungsproduktion machten in den vergangenen Monaten wieder einmal Schlagzeilen: Nach dem Fabrikeinsturz von Rana Plaza bei Dhaka mit offiziell 1.127 Todesopfern und über 2.500 Verletzten überschlugen sich die Presseberichte. Zumeist wurde an die Verantwortung der KonsumentInnen appelliert und deren tatsächliche oder angebliche Geiz-ist-Geil-Mentalität als Ursache angeprangert. Multinationale Bekleidungsunternehmen gerieten unter Druck, für sichere Arbeitsplätze zu sorgen. Der Fabrikeinsturz belegte erneut eindrucksvoll, dass die von den Unternehmen aufgelegten Monitoringprogramme nichts wert sind.

Michael Fütterer ist Mitarbeiter bei TIE Bildungswerk.

Der Fabrikeinsturz in Rana Plaza ist allerdings nur die traurige Spitze einer Reihe von Fabrikbränden und Einstürzen in Bangladesch und in anderen Bekleidungs-Produktionsländern Südasiens: 112 Näherinnen verbrannten im November 2012 bei Tazreen Fashion in Bangladesch, 262 Näherinnen starben im September des gleichen Jahres in der pakistanischen Fabrik Ali Enterprises, im Dezember 2010 wurden 29 Näherinnen bei einem Fabrikbrand bei Hameen Factories getötet, im selben Jahr im April starben 21 Näherinnen bei Garib und Garib, beide in Bangladesch. Von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet blieben kleinere Fabrikunglücke Anfang des Jahres in Bangladesch sowie erst kürzlich der Einsturz der Decke einer Schuhfabrik in Kambodscha, bei dem mehrere Arbeiterinnen ums Leben kamen.

Die Kritik an den KonsumentInnen geht am Kern des Problems vorbei und erscheint vor dem Hintergrund zunehmender Prekarisierung und der Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland absurd – umso mehr, nimmt man die Lage der Menschen in den europäischen Krisenländern hinzu. Teure Markenkleidung wird nicht selten in denselben Fabriken und unter denselben Bedingungen produziert wie Discounterware. Die tödlichen Ereignisse sind nur der deutlichste Ausdruck einer globalen Bekleidungsindustrie, die auf der extremen Ausbeutung von überwiegend weiblicher Arbeitskraft beruht, um die Profite der Bekleidungsunternehmen zu sichern.

Die globale Bekleidungsindustrie ist von enormen Abhängigkeiten der Produzenten von den Abnehmern geprägt. Die multinationalen Einzelhandelsunternehmen unterhalten Zulieferbeziehungen, in denen sie Qualität, Quantität und Preis aufgrund ihrer Marktmacht und der Konzentration von Wissen weitgehend diktieren können. Sie leisten das Produktdesign sowie die Entwicklung und vereinen damit klassische Produzentenaufgaben auf sich. Diese Entwicklung verstärkte sich in den vergangenen Jahrzehnten: Der Einzelhandel wird von einer immer kleineren Anzahl Unternehmen dominiert, die aber

dafür umso größer werden. Kleine und mittlere Unternehmen wurden vom Markt verdrängt. Der Einfluss der großen Abnehmer nimmt zu. Sie profitieren zudem von dem niedrigen Automatisierungsgrad der Bekleidungsproduktion: Es ist relativ wenig Kapital nötig, um in die Produktion einzusteigen, und es können leicht neue Wettbewerber auf den Markt drängen. Diese konkurrieren um die Aufträge der Unternehmen, wobei Lohnkosten ein wichtiger Wettbewerbsfaktor sind. Den Druck der Abnehmer geben die Produzenten nahtlos an die Arbeiterinnen weiter.

Was dies genau bedeutet, lässt sich am Beispiel Bangladesch veranschaulichen. Bangladesch ist der weltweit zweitgrößte Bekleidungsproduzent, das Land erwirtschaftet 80 Prozent seiner Exporterlöse mit Bekleidung. Deutschland ist der wichtigste Importeur in der Europäischen Union (EU). In der Bekleidungsindustrie Bangladeschs arbeiten etwa 3,6 Millionen Menschen in etwa 5.000 Fabriken. 80 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der Mindestlohn für eine Näherin beträgt etwa 30 Euro pro Monat, ausgebildete Näherinnen können auf etwa 40 Euro monatlich kommen. Das reicht auch in Bangladesch nicht zum Leben: Nicht selten teilen sich mehrere Personen eine Wellblechhütte, weil die Miete bereits den größten Teil des Monatslohns aufbraucht. Wegen der niedrigen Grundlöhne sind die Näherinnen gezwungen, horrende Überstunden zu machen, um irgendwie über die Runden zu kommen. Deswegen sind 15-Stunden-Tage keine Seltenheit. Die Arbeitsbedingungen sind gesundheitsschädlich, es gibt oftmals keine Toilettenpausen und bei Krankheit oder Schwangerschaft kann es passieren, dass die Arbeiterinnen gekündigt werden. Sexualisierte Gewalt an Frauen ist alltäglich und wird genutzt, um die Arbeiterinnen zu kontrollieren. Gewerkschaften werden verfolgt, Arbeiterinnen, die sich organisieren, sind von Kündigung bedroht, und es kommt immer wieder zu Angriffen auf GewerkschafterInnen. Der Aktivist Aminul Islam wurde im vergangenen Jahr ermordet, nachdem er einen Streik in einer Bekleidungsfabrik organisiert hatte.

Wenn Produzenten nicht in der Lage sind, die bestellte Ware rechtzeitig zu liefern, oder einfach um noch billiger zu produzieren, werden Teile der Produktion an Subunternehmer oder Heimarbeiterinnen vergeben. Dies führt zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeit und macht die Arbeitsbedingungen unsichtbar. Solche Unternehmen fallen oft nicht einmal unter das Monitoring der Abnehmer. Gewerkschaftliche Organisation in diesen Bereichen ist nochmals schwerer.

Die Regierung in Bangladesch steht all dem relativ tatenlos gegenüber. Sie verspricht sich von den Exporterlösen einerseits Wachstum, andererseits sind die Bekleidungsindustrie in Bangladesch und die regierenden Parteien bis aufs Engste miteinander verwoben. Verbesserungen für Arbeiterinnen können von den Gewerkschaften nur unter größten Widerständen erkämpft werden.

Hier soll aber der Blick nicht nur auf die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern gelenkt werden. So muss Kleidung selbstredend auch transportiert werden, und ehe ein Kleidungsstück überhaupt genäht werden kann, durchlaufen die Vorprodukte und Rohmaterialien ebenfalls eine ganze Reihe von Arbeitsschritten, wie Anbau, Färben, Verarbeitung usw. Dort sind die Arbeitsbedingungen oftmals ebenfalls katastrophal und extrem gesundheits- und umweltschädlich.

Auch die Arbeitsbedingungen für die Verkäuferinnen im hiesigen Einzelhandel sind alles andere als rosig: Die Beschäftigung ist geprägt von nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit, prekärer und flexibler Beschäftigung und Niedriglöhnen. Im Vergleich zu anderen Branchen liegt der Einzelhandel auf den hinteren Plätzen, was den Verdienst angeht. 300.000 Beschäftigte, das sind etwa 12 Prozent aller im Einzelhandel arbeitenden Menschen, verdienen weniger als fünf Euro in der Stunde. Ein Drittel der Einkommen liegt unter der Niedriglohngrenze von 10,36 Euro. In manchen Unternehmen wissen die Beschäftigten am Anfang des Monats noch nicht einmal genau, wie viel sie am Ende verdienen. Betroffen sind auch hier überwiegend Frauen. Sie machen 70 Prozent der Beschäftigten des Einzelhandels aus.

Die Flexibilisierung ermöglicht den Unternehmen, den Arbeitskräfteeinsatz passgenau auf saisonal, wöchentlich und täglich schwankende Kundenaufkommen abzustimmen. Arbeitsprozesse werden immer kleinteiliger organisiert, um sie besser auslagern zu können. Für die Beschäftigten bedeutet dies oftmals immer eintönigere Arbeit. Krankmachende Arbeitsbedingungen sind alltäglich: Unterbesetzung in den Filialen und Arbeitshetze führen zu enormen Belastungen, dazu das ständige Stehen. Immer wieder wird im Einzelhandel Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit behindert, wie jüngst die Auseinandersetzung um die Kündigung eines H&M-Betriebsrats in Trier zeigt.

Im ExChains-Netzwerk haben sich daher Betriebsräte aus dem Einzelhandel, Gewerkschaften aus Bangladesch, Sri Lanka und Indien, ver.di sowie TIE Bildungswerk zusammengeschlossen, um gemeinsam etwas an den Arbeitsbedingungen in der Produktion und im Verkauf zu verbessern und internationale Solidarität aufzubauen. Entlang der Produktionskette in der Bekleidungsindustrie treffen sich Beschäftigte, die Kleidung im globalen Süden produzieren und Beschäftigte, die Kleidung im globalen Norden verkaufen und tragen. Ausgangspunkt dafür sind die gemeinsamen Erfahrungen von Niedriglohn, prekärer Arbeit, Überstunden und krankmachenden Arbeitsbedingungen. In dem Netzwerk werden gemeinsame Kampagnen geplant und Forderungen aufgestellt, wie zum Beispiel nach einem Gebäudesicherheits- und Brandschutzabkommen für Bangladesch, höheren Löhnen in der Produktion oder Gewerkschaftsrechten. In den

Einzelhandelsfilialen informieren die Betriebsräte über die Kampagne, verabschieden gemeinsame Erklärungen, wie jüngst die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara, sammeln Unterschriften oder Spenden, um gewerkschaftliche Organisierung in Produktionsländern zu unterstützen und unterstützen Forderungen der Gewerkschaften aus den Produktionsländern an die Abnehmer. Die Gewerkschaften aus den Produktionsländern solidarisieren sich mit den Kämpfen der Beschäftigten im Einzelhandel, wie zum Beispiel jüngst in den Tarifverhandlungen im Einzelhandel, die mit besonderer Härte geführt werden, da die Unternehmer den Manteltarifvertrag gekündigt haben, und vernetzen sich untereinander, um Organisierungsstrategien zu entwickeln.

Ein unmittelbarer Erfolg des Netzwerkes war die Unterzeichnung eines Gebäude- und Brandschutzabkommens für Bangladesch. Als Folge des Rana Plaza Einsturzes unterzeichneten mittlerweile über 45 multinationale Bekleidungsunternehmen wie H&M, Zara/Inditex oder Primark das Abkommen. Es ist rechtlich verbindlich, die Unternehmen sind zu Sanierungen verpflichtet und die Gewerkschaften und Beschäftigten sind an Sicherheitsschulungen und Mängelfeststellung beteiligt und erhalten Zugang zu den Fabriken. Die Gewerkschaften vor Ort sehen darin Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und eine Selbstorganisation der Arbeiterinnen zu entwickeln. An diesem Abkommen waren maßgeblich Betriebsräte aus dem Einzelhandel, Nichtregierungsorganisationen wie die Kampagne für Saubere Kleidung (abgekürzt CCC für Clean Clouth Campaign), internationale Gewerkschaftsverbände, AktivistInnen und Gewerkschaften aus Bangladesch beteiligt. Sie forderten das Abkommen seit langem ein, ohne den Widerstand der Unternehmen brechen zu können. Das Abkommen wurde gegen eine Initiative der staatlichen deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchgesetzt, die deutlich schwächer gewesen wäre. Nur durch Zusammenarbeit von internationalen Gewerkschaftsverbänden, dem ExChains-Netzwerk, ver.di, der CCC und anderer Nichtregierungsorganisationen konnte die GIZ-Initiative abgewendet werden.

Besonders die im ExChains-Netzwerk aktiven Betriebsräte der Einzelhandelsriesen H&M, Zara und Metro/real konfrontierten die Unternehmensleitungen immer wieder mit den katastrophalen Bedingungen und forderten die Unterschrift unter das Abkommen. Die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara verabschiedeten kurz vor Bekanntwerden des Fabrikeinsturzes eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Unternehmen zur Unterschrift aufriefen. Sie leisteten einen zentralen Beitrag in der Auseinandersetzung um das Abkommen. Doch letztlich brachte erst der Tod von 1.127 Näherinnen die Unternehmen zum Einlenken. Allerdings ändert das Abkommen unmittelbar nichts an den katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Produktion und umfasst auch längst nicht alle Fabriken in

Bangladesch. Zudem ist es auf ein Land beschränkt. Es ermöglicht aber Spielräume für  
Organisierung: Wenn die Näherinnen nicht selbst wirksam für die Verbesserung ihrer  
Arbeitsbedingungen kämpfen und sich gewerkschaftlich organisieren können, wird sich  
wenig ändern.



# Portugal: Kürzungen, Mobilisierungen und politische Ignoranz

Von Fabià Espuig

Dieser Artikel beschreibt die Kürzungs- und Austeritätspolitik in Portugal, wie sie seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Sommer 2008 umgesetzt wird. Diese Politik setzt auf sozialen Kahlschlag, auf die Macht der Märkte, auf die Schwächung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Bevölkerung und Gewerkschaften reagieren mit enormen Mobilisierungen und Protesten.

Fabià Espuig ist Sozialwissenschaftler aus Valencia.

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise wurde Portugal, wie andere Länder auch, durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Europäische Kommission sowie die Europäische Zentralbank (EZB) "gerettet". Diese "Rettung", sprich die Vergabe von Krediten, war mit zahlreichen Auflagen verbunden. So musste Portugal die Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent erhöhen, die Gehälter von Beamtinnen und Beamten um 3,5 bis 10 Prozent senken, die Rentenzahlungen reduzieren und generell Staatsausgaben, einschließlich öffentlicher Investitionen kürzen (Rtve.es 2013). Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass der Verbrauch in der Wirtschaft zurückging und das Land in eine Rezession abglitt. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Portugals schon 2011 um 1,6 Prozent zurückging, sank die Wirtschaftstätigkeit in 2012 erneut um 3,2 Prozent. Dies bedeutet die schwerste Rezession seit 1975.

Portugal ist eines der europäischen Länder mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate betrug im Mai 2013 insgesamt 17,7 Prozent. Am stärksten betroffen sind Jugendliche unter 25 Jahren, unter ihnen beträgt die Arbeitslosenrate sogar 42,1 Prozent. Seit dem Ausbruch der Krise sind die Arbeitslosenzahlen deutlich nach oben gegangen - nicht trotz, sondern eher wegen der zahlreichen "Reformen", die man durchgeführt hat.

Eine schwerwiegende Folge der europäischen Krise ist auch der immer schwierigere Zugang portugiesischer Unternehmen und Privathaushalte zu Krediten. Viele Familien haben zudem ihr Haus oder ihre Wohnung verloren, da sie sich die Kreditraten nicht mehr leisten konnten. Mehr als 150.000 Familien sind mit den entsprechenden Zahlungen im Verzug. Diese Situation wird sich weiter verschärfen: Die Banken haben angekündigt, ihre Bestimmungen bei Verzug der Zins- und Tilgungszahlungen wie auch ihre Bestimmungen für die Vergabe von neuen Krediten zu verschärfen (20minutos.es 2012).

Der Verlust des Hauses oder der Wohnung und die wachsenden Probleme für Mittel- und Unterschicht, überhaupt eine Wohnung zu erwerben, haben das Armutsrisiko vieler Portugiesinnen und Portugiesen deutlich erhöht. Hinzu kommt für viele der Verlust des

Arbeitsplatzes (Cordas/Fernandes 2009). Viele der neuen Armen sind Männer und Frauen, die vor kurzer Zeit noch der Mittelschicht angehörten. Heute sind sie von Freunden und Bekannten oder von Sozialhilfe abhängig.

Schon vor der Krise war Armut in Portugal weit verbreitet. Im Jahr 2006 lagen 18 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; Portugal ist eines der Länder mit den größten sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU. Trotz verschiedener entsprechender Programme wurde die Armut nicht oder nur minimal reduziert. Im Zuge der aktuellen Sparpolitik wurden diese Programme reduziert oder gänzlich gestrichen – mit dem Ziel, den Staatshaushalt zu konsolidieren. Die Armut dürfte sich hierdurch erneut ausgeweitet haben, und zwar in drastischem Umfang (Farinha/Cordas/Veiga 2008).

Für 2013 wurden weitere Kürzungen angekündigt. Das Arbeitslosengeld soll um fünf Prozent, die Gesundheitsausgaben um sechs Prozent reduziert werden. Hinzu kommen deutliche Steuererhöhungen. Insgesamt erreichen die Austeritätsmaßnahmen in diesem Jahr ein bis dato nicht gekanntes Ausmaß (gazedadopovo 2012). Schon in den letzten Jahren wurden insbesondere die Lohnsteuer sowie die Mehrwertsteuer erhöht, was zu höheren Belastungen insbesondere kleiner und mittlerer Einkommen führte (Crespo 2013).

Gerade kleinere Einkommen wurden zudem durch eine Senkung des realen Mindestlohns belastet. Der allgemeine Mindestlohn in Portugal betrug im Jahr 2000 318,20 Euro pro Monat, im Jahr 2006 lag er bei 385,90 Euro, im Jahr 2009 bei 450 Euro. Seit 2011 allerdings ist er bei 485 Euro pro Monat eingefroren – was angesichts der beständigen Geldentwertung einem realen Rückgang entspricht (equiposytalento.com 2013; Pordata.pt 2012). Die Reallöhne wurden in Portugal zwischen 2010 und 2012 um mehr als zehn Prozent gesenkt (Busch/ Hermann/ Hinrichs/ Schulten 2012). Die Kaufkraft der Bevölkerung ging drastisch zurück.

Der soziale Kahlschlag, die wachsende Arbeitslosigkeit, die immer drückenderen Hypothekenschulden vieler Menschen, die wirtschaftliche Rezession und die neoliberale Kürzungspolitik aller Regierungen seit Beginn der Krise haben zu starken Mobilisierungen der Bevölkerung geführt. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Gewerkschaften sind auf die Straßen gegangen, und auch in den Wahlergebnissen hat sich der Unmut der Menschen niedergeschlagen.

## Politische Entwicklung seit dem Ausbruch der Finanzkrise

Nachdem die Sozialdemokratische Partei (Mitte-Rechts, konservativ) eine Legislaturperiode lang regiert hatte, übernahm 2005 die Sozialistische Partei (Mitte-Links) als Wahlgewinnerin die Regierung. Sie erbt dabei zahlreiche strukturelle und wirtschaftliche Probleme. Trotz wachsender wirtschaftlicher Probleme, Portugal geriet ab dem zweiten Quartal 2008 in die tiefste Rezession seit Jahrzehnten, gewann die Sozialistische Partei 2009 erneut die Wahlen, wenngleich mit einem weniger eindeutigen Wahlergebnis: Ihre absolute Mehrheit ging verloren. Insbesondere die kleinen Parteien konnten damals an Stimmen zulegen. Der linke Bloco de Esquerda gewann 3,5 Prozent dazu, die konservative CDS-PP drei Prozent. Die Stimmen der Kommunistischen Partei und der Grünen blieben in etwa gleich.

Im März 2010 billigte das portugiesische Parlament erstmals ein Kürzungsprogramm ("Stabilitäts- und Wachstumsprogramm", PEC) mit der Mehrheit der Mitte-Links-Regierungsfraktion und mit Unterstützung durch die konservative Opposition. Vorgesehen waren darin soziale Kürzungen, Kürzungen bei Militärausgaben, Steuererhöhungen für hohe Einkommen, das Einfrieren der Gehälter von Beamtinnen und Beamten sowie die Privatisierung öffentlicher Güter. Nur wenige Monate später, im Juni 2010, beschloss die gleichen Parteien das zweite Kürzungsprogramm. Mehr noch als beim ersten wurden nun auch der breiten Masse der Bevölkerung Einschnitte auferlegt, etwa durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ziel war es, das Haushaltsdefizit binnen vier Jahren auf weniger als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren.

Nach diesen zwei Kürzungsprogrammen billigte 2010 das portugiesische Parlament mit der Mehrheit der Sozialistischen Partei ein drittes Kürzungspaket, die konservative Opposition enthielt sich und machte die Beschlussfassung hierdurch überhaupt erst möglich. In diesem Kürzungspaket waren unter anderem, wie oben erwähnt, eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent, die Senkung der Gehälter von Beamtinnen und Beamten um 3,5 bis 10 Prozent, ein Rentenstopp sowie Kürzungen bei öffentlichen Investitionen vorgesehen.

Im März 2011 konnte Ministerpräsident José Sócrates mit Unterstützung der konservativen Opposition noch einen Misstrauensantrag der Linken überstehen. Schon einen Tag später überraschte seine Regierung mit einem vierten Kürzungspaket, das weitere Verschärfungen etwa bei der Rente und im Gesundheitswesen vorsah. Die Opposition – und damit das Parlament – lehnte dieses Paket ab, was zum Rücktritt des Ministerpräsidenten und im Juni 2011 zu vorgezogenen Neuwahlen führte (Rtve.es 2013). Noch vor

den Neuwahlen, nämlich Anfang April, gab die portugiesische Regierung bekannt, dass das Land die oben genannten "Finanzhilfen" der Europäischen Union annehmen werde.

Wie erwartet, gewann die konservative Sozialdemokratische Partei die Wahlen im Juni 2011, sie steigerte ihr Wahlergebnis um fast 10 Prozent gegenüber den Wahlen von 2009. Die Sozialistische Partei blieb die zweitgrößte Partei. Größere Verluste musste der Linksblock hinnehmen.

Unmittelbar nach den Wahlen verkündete die neue Regierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Pedro Passos Coelho neue Kürzungs- und Austeritätsmaßnahmen. So wurden beispielsweise die Weihnachtsgelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit bis zu 50 Prozent belastet, was den öffentlichen Haushalten Einnahmen bis zu 2 Mrd. Euro bringen sollte. Ferner stiegen die Steuern auf Erdgas und Strom von 5 auf 23 Prozent, wovon man sich Einnahmen von etwa 100 Mio. Euro erhoffte. Ende 2011 begann die Regierung auch mit der Privatisierung zahlreicher Unternehmen. So verkaufte sie 21,35 Prozent ihrer Anteile am Energieversorger EDP an einen chinesischen Investor. Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds zeigte sich zufrieden mit den Maßnahmen der neuen konservativen Regierung.

Zufrieden zeigte sich die Troika zunächst auch mit den Haushaltsdaten des Jahres 2012. Im ersten Halbjahr konnte die portugiesische Regierung die Einnahmen um 13 Prozent steigern und das Haushaltsdefizit um 47 Prozent senken. Übersehen wurde dabei allerdings gerne, dass dieser Erfolg in weiten Teilen auf einer einmaligen Maßnahme basierte: Die Regierung hatte aus privaten Pensionsfonds von Banken fast drei Milliarden Euro in den Staatshaushalt verschoben (Streck 2012). Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes insgesamt war und blieb katastrophal.

### Gewerkschaften und Mobilisierungen in Portugal

Die zahlreichen Kürzungsmaßnahmen der verschiedenen portugiesischen Regierungen führten zu einer Reihe von Protesten der Bevölkerung und der Gewerkschaften. Mehrfach riefen letztere zum Generalstreik auf.

Zum ersten Generalstreik seit 1988 kam es im November 2010. Aufgerufen hatten die beiden wichtigsten Gewerkschaften Portugals, CGTP und UGT, "um gegen die harten Anpassungsmaßnahmen des Sozialisten José Sócrates zu protestieren" (RFI 2010). Im

November 2011 riefen die gleichen Gewerkschaften zu einem weiteren Generalstreik "zur Verteidigung der Arbeitnehmerrechte, die durch den Gesamthaushalt des Jahres 2012 bedroht werden", auf. Die Lohnkürzungen, die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Abschaffung des Urlaubsgeldes, die Reduzierung der Renten und Pensionen und die Kürzungen im Gesundheitsbereich waren zentrale Themen (Dujisin 2011). Nach Angaben der Gewerkschaften war dies die größte Massenmobilisierung seit 1974.

Am 22. März 2012 rief die Gewerkschaft CGTP erneut zu einem Generalstreik auf, diesmal in erster Linie, um gegen Arbeitsmarkt-"Reformen" der Regierung Widerstand zu leisten. Die Gewerkschaft UGT beteiligte sich nicht, sie verfolgte in der Frage der Arbeitsmarkt-"Reformen" eine Strategie der Verhandlungen mit der Regierung. Gemeinsam beteiligten sich beide Gewerkschaften aber wieder am Europäischen Aktionstag vom 14. November 2012, der in Portugal im Rahmen eines weiteren Generalstreiks begangen wurde. Einen weiteren Generalstreik gab es am 27. Juni 2013 unter Beteiligung von hunderttausenden Beschäftigten, aufgerufen hatten beide großen portugiesischen Gewerkschaften.

Sowohl die CGTP als auch die UGT fordern Alternativen zur Kürzungs- und Austeritätspolitik der portugiesischen Regierung und der Troika. Sie verlangen Maßnahmen zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt, bessere Löhne und einen höheren Mindestlohn, eine bessere soziale Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Stärkung des Staates.

Die Gewerkschaften sind aber keineswegs die einzigen Protagonisten bei diesen Mobilisierungen. Vielmehr gehen auch zahlreiche andere Organisationen und Initiativen wieder und wieder auf die Straße – verstärkt an politisch symbolträchtigen Tagen wie etwa dem 25. April 2013, an diesem Tag wird des Sturzes der Salazar-Diktatur im Jahr 1974 gedacht.

## Zusammenfassung

Die portugiesische Politik aller Regierungen seit Beginn der Krise beruhte auf drastischen Kürzungen in den Bereichen Soziales, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung – mit dem Ziel, das Defizit der öffentlichen Haushalte zu reduzieren. Steuererhöhungen mit regressiver Wirkung, die wachsende Arbeitslosigkeit, Lohn- und Rentenkürzungen führten allerdings zu einem starken Rückgang des Konsums, der gesamten Wirtschafts-

leistung und damit zu einem Einbruch der öffentlichen Einnahmen. Das eigentlich intendierte Ziel wurde und wird damit konterkariert. Das Defizit sinkt nur sehr wenig, wenn überhaupt, und das Wirtschaftswachstum nimmt ab (Navarro 2012). Ein weiteres Ergebnis dieser Politik ist eine wachsende Ungleichheit, und dies, obwohl Portugal schon vor der Krise eines der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit in Europa war.

Mit dieser neoliberalen Kürzungs- und Austeritätspolitik wird es keinen Ausweg aus der Krise geben können. Es braucht vielmehr Investitionen in Innovation und Entwicklung, eine aktive Ausgabenpolitik des Staates, einen Ausgleich bei den Einkommen und einen Ausbau der Sozialausgaben. Die Diktatur der Märkte muss beendet werden.

#### Literatur

20minutos.es (2012): Alternativas al desahucio en España y en otros países. <http://www.20minutos.es/noticia/1645243/0/alternativas/desahucios/otros-paises/>. 11.6.2013.

Busch, Klaus; Hermann, Christoph; Hinrichs, Karl; und Schulten, Thorsten (2012): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell, wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf>. 12.6.2013.

Cordas, Catarina; Fernandes, Joao Jose (2009): Una crisis antigua y nuevos desafíos, Social Watch Portugal; Oikos. [http://www.socialwatch.org/sites/default/files/portugal2009\\_esp.pdf](http://www.socialwatch.org/sites/default/files/portugal2009_esp.pdf). 15.4.2013.

Crespo, Emilio (2013): Portugal, el mejor alumno de Alemania se ahoga en la recesión. <http://www.publico.es/internacional/453249/portugal-el-mejor-alumno-de-alemania-se-ahoga-en-la-recesion>. 11.4.2013.

Dujisin, Mario (2011): Una huelga general sin incidentes paraliza Portugal. <http://www.publico.es/dinero/408798/una-huelga-general-sin-incidentes-paraliza-portugal>. 25.4.2013.

Equiposyalengo.com (2013): Portugal, Crece la pobreza en Portugal tras la intervención de la troika. <http://www.equiposyalento.com/fotoretribucion/crece-la-pobreza-en-portugal-tras-la-intervencion-de-la>. 12.6.2013.

Farinha Rodrigues, Carlos; Cordas, Catarina; Veiga, Rita (2008): La pobreza, ese freno. GT "Economia e Sociedade"/Comissão Nacional Justiça e Paz. <http://www.socialwatch.org/es/book/export/html/10555>. 18.4.2013.

Gazetadepovo.com (2012): Portugal aprova orçamento para 2013 com forte aumento de

impostos. FOLHAPRESS. <http://www.gazetadopovo.com.br/economia/conteudo.phtml?id=1322431&tit=Portugal-aprova-orcamento-para-2013-com-forte-aumento-de-impostos>. 13.6.2013.

Navarro, Vicenç (2012): El por qué de los recortes. Público. <http://www.vnavarro.org/?p=7516>. 12.6.2013.

Pordata.pt (2012): Salário mínimo nacional em Portugal. <http://www.pordata.pt/Portugal/Salario+minimo+nacional-74>. 12.6.2013.

Rfi.fr (2010): Portugal, en huelga contra los recortes. <http://www.espanol.rfi.fr/europa/20101124-portugal-en-huelga-contra-los-recortes>. 15.4.2013.

Rtve.es (2013): Cronología de la crisis en Portugal. <http://www.rtve.es/noticias/20130320/cronologia-crisis-portugal/419261.shtml>. 10.4.2013.

Streck, Ralf (2012): Portugal trickst bei Sparzielen. <http://www.heise.de/tp/blogs/8/152459>. 24.6.2013.

# Schwarzbuch Vergabe

## Buchhinweis

Von Liv Dizinger

Durch Tariftreuregelungen können Unternehmen in öffentlichen Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge zur Einhaltung von Tarifverträgen verpflichtet werden. In Hessen hat die CDU-FDP-Landesregierung der Verankerung von Tariftreue im Vergabegesetz Anfang des Jahres eine klare Absage erteilt. Daraufhin haben wir uns entschlossen, ein "Schwarzbuch Vergabe" zusammenzustellen und zu veröffentlichen, das die Missstände bei der Vergabe öffentlicher Aufträge aufdeckt.

Anhand einzelner Fälle zeigen wir die fatalen Folgen fehlender Tariftreue auf. Dabei konzentrieren wir uns auf die öffentliche Bautätigkeit, den öffentlichen Personennahverkehr und die Forstwirtschaft. Unsere Schlussfolgerung lautet: In Hessen fördert die öffentliche Hand Lohndumping und Armutslöhne. Im ÖPNV hat sich ein ruinöser Verdrängungswettbewerb entwickelt, in dem derjenige gewinnt, der den niedrigsten Preis bietet. Auf Baustellen gibt es schlimmste Formen des Betrugs und der Ausbeutung, die an frühkapitalistische Verhältnisse erinnern.

Wie ein modernes Vergabegesetz aussehen sollte und wie soziale Kriterien darin verankert werden können, ist ein weiterer Schwerpunkt des Buches. Zwar ist nach der europäischen Rechtsprechung die Möglichkeit für Tariftreuebestimmungen eingeschränkt, aber ein vergabespezifischer Mindestlohn, Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und allgemeine Tariftreuregelungen für den ÖPNV können nach wie vor erlassen werden. In diesem Zusammenhang nehmen wir einen Vergleich der Vergabegesetze zwischen den Bundesländern vor. Neben Hessen haben nur Bayern und Sachsen keine Tariftreuregelungen.

Schließlich geht das Buch darauf ein, welche Widerstände und Hindernisse es bei der Umsetzung eines Vergabegesetzes gibt und wie diese angegangen werden können.

Zur Autorin und den Autoren: Christian Axnick arbeitet als freier Journalist in Marburg. Kai Eicker-Wolf und Liv Dizinger sind zuständig für den Bereich Wirtschafts- und Strukturpolitik beim DGB-Bezirk Hessen-Thüringen.



Axnick, Christian / Dizinger, Liv / Eicker-Wolf, Kai, 2013: Schwarzbuch Vergabe – Wie die öffentliche Hand in Hessen Lohndumping betreibt, Darmstadt: BÜCHNER Verlag. ISBN 978-3-941310-30-8132, 132 Seiten, 14,90 Euro.



# Die Inflationslüge

## Buchbesprechung

Von Patrick Schreiner

In Deutschland nimmt die Angst vor Inflation bzw. Geldentwertung in wirtschaftspolitischen Debatten breiten Raum ein. Mit drohender Inflation begründen konservative und neoliberale PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen nicht nur ihre Kritik an der vorsichtig expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, sondern auch die Austeritätspolitik als solche: Steigende Staatsschulden, so kolportieren sie, führten notwendig zur Entwertung "unseres" Geldes. Mark Schieritz, Journalist bei der "Zeit", zeigt in seinem kleinen Bändchen in weitgehend überzeugender Weise, dass solche Behauptungen falsch sind.

Er tut dies, indem er eine ganze Reihe von Vorurteilen widerlegt und zahlreiche Aufgeregtheiten nüchtern seziert. Dazu widmet er einen guten Teil des Buches grundlegenden historischen Ausführungen. Zu Recht. So zeigt er, dass keineswegs Inflation für die Verelendung der Massen am Ende der Weimarer Republik verantwortlich war. Ganz im Gegenteil war es die durch rigide Austeritätspolitik verschärfte Krise der späten 1920er und frühen 1930er Jahre, die zu drastischen sozialen und wirtschaftlichen Verheerungen führte.

Schieritz liefert darüber hinaus eine zwar kurze und einführende, thematisch aber doch umfassende Beschreibung dessen, was Geld in einer kapitalistischen Volkswirtschaft ausmacht, welche Funktion es hat und wie es entsteht. Einen wesentlichen Teil dieser grundlegenden Überlegungen zu Funktion und Rolle von Geld in modernen Volkswirtschaften bilden Ausführungen zu Funktion und Rolle von Schulden. Auch dies zielt darauf ab, die aktuellen Debatten um vermeintlich zu hohe Staatsschulden durch mehr Nüchternheit zu versachlichen. Schieritz macht deutlich: Nicht die von reaktionärer Seite immer wieder genannte "Druckerpresse" oder die Staatsverschuldung war und ist das Problem, sondern die angesichts von Austerität und sozialer Verelendung derzeit am Boden liegende Wirtschaft in Europa.

Da die aktuelle neoliberale Hetze geschickt an alltäglichen Ängsten der Menschen ansetzt, bleibt zu hoffen, dass das Buch große Verbreitung findet. Genau in diesem Sinne ist es richtig, dass sich Schieritz explizit an verunsicherte Geld-AnlegerInnen wendet, dass er eine einfache Sprache wählt, dass er sich auf eine allgemeine Einführung in das Thema beschränkt und dass er einen Verlag gewählt hat, mit dem er ein Massenpublikum erreicht. Es gilt schließlich, all jenen das Handwerk zu legen, die von der Inflationsangst profitieren und die Schieritz am Ende seines Buches auch explizit seziert: den Banken, bestimmten PolitikerInnen und Parteien, vermeintlichen ExpertInnen und konservativ-liberalen Medien.



Mark Schieritz: Die Inflationslüge. Wie uns die Angst ums Geld ruiniert und wer daran verdient. München: Knaur 2013. ISBN 978-3-426-78633-8. 141 Seiten, 7 Euro.

# Nation – Ausgrenzung – Krise

## Buchbesprechung

Von Johannes Grabbe

"Verkauft doch Eure Inseln, ihr Pleite-Griechen... und die Akropolis gleich mit!" (Bild-Zeitung vom 27.10.2010). Solche und ähnliche Äußerungen sind längst nicht nur Bestandteil von Stammtischdiskussionen hinter verschlossenen Türen, sondern konnten sich angesichts des Wechselspiels (zunehmend) langfristiger europäischer Krisenphänomene und kurzsichtiger Rettungsprogramme im öffentlichen, politischen Diskurs verankern. Die so genannte Eurokrise offenbart damit endgültig das Potential, zu einem Momentum der europäischen Desintegration zu werden.

Mit "Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa" ist nun ein Sammelband erschienen, der sich dieser Thematik in einer beachtlichen Detailtiefe nähert. Im ersten Teil des Buches gelingt eine umfassende theoretische Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen der krisenhaften Entwicklung des europäischen Kapitalismus neoliberaler Prägung und der Zunahme von nationalistischem bzw. ausgrenzendem Handeln. Daran anschließend nimmt die Artikelsammlung mit zehn länderspezifischen Beiträgen eine empirische Perspektive ein, die der Frage nach konkreten Erscheinungsformen von Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung in den europäischen Ländern vor dem Hintergrund der Krise nachspürt.

Bereits im ersten Artikel wird durch Christoph Butterwegges Ausführungen über rassistische Ausgrenzung und das Aufkommen von Standortnationalismus im Zusammenhang mit der Krise des neoliberalen Wirtschaftssystems die Vielschichtigkeit der Thematik deutlich. Auf das "komplexe Wechselverhältnis von Rassismus, Kapitalismus und Krise" weist spätestens Sebastian Friedrich in seinem Beitrag explizit hin, woraus der Autor das Erfordernis einer (Neu-)Justierung der Rassismusanalyse ableitet. Die Herausgeber widerstehen der Versuchung, das empirische Material in ein reduzierendes Modell zu pressen. Von beispielsweise der gezielten Ausgrenzung der Roma in Ungarn unter der Fidesz-Regierung (Arnold/Schreiner) bis zum Wiederaufleben des (Standort-)nationalismus in Katalonien und im Baskenland (Eser) bedürfen die Ausgrenzungsformen schließlich einer differenzierten Analyse.

Die Lektüre des Buches darf jeder/jedem ans Herz gelegt werden, der/die die gegenwärtige Entwicklung Europas mit Sorge beobachtet und auf der Suche nach einer differenzierten Position ist.



Friedrich, Sebastian/  
Schreiner, Patrick (Hg.),  
2013: Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa. Münster: edition assemblage. ISBN 978-3-942885-36-2, 240 Seiten, 18 Euro.

# Impressum

ISSN 1868-8209

Herausgeber: Arbeitskreis für Wirtschafts- und Strukturpolitik bei den DGB-Bezirken Hessen-Thüringen und Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt. Die elektronische Zeitschrift "WISO-Info" behandelt sozial-, struktur- und wirtschaftspolitische Themen aus gewerkschaftlicher Sicht und erscheint unregelmäßig etwa drei- bis viermal pro Jahr.

Redaktion: Liv Dizinger, Dr. Kai Eicker-Wolf, Dr. Patrick Schreiner (verantwortlich), Sylvia Kampa und Ute Kamradek.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder seiner Mitgliedsgewerkschaften wieder.

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt  
Otto-Brenner-Straße 7  
30159 Hannover  
Telefon: 0511 12601-33  
<http://www.niedersachsen.dgb.de>

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77  
60329 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 273005-53  
<http://hessen-thueringen.dgb.de>

E-Mail und kostenfreies E-Mail-Abonnement: [wiso-info@dgb.de](mailto:wiso-info@dgb.de)

WISO-Info bei Facebook: <http://www.facebook.com/dgbwisoinfo>

Wir freuen uns über Artikel- und Interviewvorschläge ebenso wie über Briefe unserer Leserinnen und Leser. Unsere "Hinweise für Autorinnen und Autoren" senden wir Ihnen gerne zu. Ein Anspruch auf Veröffentlichung von Texten besteht nicht. Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Strukturpolitik kann leider keine Honorare bezahlen.

Kopie und Weiterverbreitung in unveränderter Form unter Angabe der Quelle erwünscht.